BERICHT AUS BERLIN

von Dr. Inge Gräßle



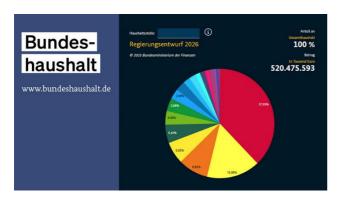
Ausgabe 09 | 26.9.2025

Wir bleiben dran: Deutschland voranbringen

1. Lesung des Entwurfs für den Bundeshaushalt 2026

Liebe Leserin, lieber Leser,

nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt. Dieser Spruch war noch nie so wahr wie in diesen Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. In der letzten Woche wurde der Bundeshaushalt 2025 im Deutschen Bundestag abschließend beraten und mit der Mehrheit der Koalition beschlossen. Damit wird die vorläufige Haushaltsführung 2025 beendet und es wird endlich Planungssicherheit für Bürger und Unternehmen erreicht.



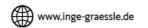
Diese Woche steht nun die erste Beratung des Bundeshaushalts 2026 an. Damit steigt der Deutsche Bundestag in die Haushaltsberatungen 2026 ein und wird in den kommenden Wochen Änderungsbedarfe am Regierungsentwurf beraten.

Angesichts der bestehenden massiven sicherheits-, wirtschafts- und finanzpolitischen Herausforderungen ist für uns ein Verharren im Status quo keine Option.

Um Deutschland voranzubringen, steht der Regierungsentwurf 2026 der unionsgeführten Regierung stattdessen ganz im Zeichen von:

- Investitionen für neues und schnelles Wachstum, mehr Beschäftigung und die Modernisierung Deutschlands sowie in die Stärkung der äußeren und inneren Sicherheit durch einen Investitionshochlauf finanziert aus Bundeshaushalt und Sondervermögen;
- 2. **Strukturreformen**, schnellere Verfahren und weniger Bürokratie für mehr Wettbewerbsfähigkeit und zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, aber auch der Unternehmen (wichtige Beispiele sind insbesondere der Investitionsbooster, die beschlossene Absenkung der Körperschaftsteuer ab 2028 und Entlastungen bei den Energie- und Stromkosten);
- 3. **Konsolidierung des Haushalts**: strikter Finanzierungsvorbehalt und Überprüfung aller staatlichen Aufgaben auf ihre Notwendigkeit.







Hierzu sind im Koalitionsvertrag bereits erste Pflöcke eingeschlagen, die nun im weiteren Verfahren umzusetzen sind (wie Personalabbau, Aufgaben- und Ausgabenkritik, Überprüfung bestehender Subventionen etc.).

Ich bin überzeugt:

Nur mit diesem Dreiklang wird es gelingen, den bestehenden innen- und außenpolitischen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen, die bestehende haushalterische Schieflage zu beseitigen und Deutschland voranzubringen.

Der Haushaltsentwurf 2026

Die Ein- und Ausgaben des Regierungsentwurfs Bundeshaushalt 2026 belaufen sich auf **520,5 Mrd. Euro**. Zum Haushaltsausgleich bedarf es einer Nettokreditaufnahme von **89,9 Mrd. Euro**. Zusätzlich ermöglicht die Bereichsausnahme nach Art. 109 und 115 GG eine zusätzliche Verschuldung von 54,3 Mrd. Euro. Die geplanten Ausgaben aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität sowie aus dem Bundeswehr-Sondervermögen belaufen sich 2026 auf 58,9 Mrd. Euro bzw. 25,5 Mrd. Euro.

Mit diesen Mitteln werden keine Haushaltslöcher gestopft, sondern es wird massiv in die Sicherheit und Zukunft

Deutschlands investiert. Ziel ist dabei, für mehr Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und sichere Arbeitsplätze zu sorgen. Insgesamt erreichen die Investitionsausgaben des Bundes 2026 ein Rekordvolumen von 126,7 Mrd. Euro.

Daneben sollen Bürger und Wirtschaft allein 2026 um rund 40 Mrd. Euro entlastet

werden; zu nennen sind hier insb. der beschlossene Investitionsbooster und die vielfältigen Maßnahmen zur Senkung der Energie- und Stromkosten. Zudem stellt der Bund auch Ländern und Kommunen umfangreiche Mittel zur Verfügung, damit auch sie notwendige Investitionen für Bürger und Wirtschaft tätigen können.

Mit all dem soll die Basis für mehr Wachstum und Gerechtigkeit in unserem Land gelegt werden. In diesem Lichte werden auch die weiteren parlamentarischen Beratungen erfolgen. Dabei ist eine klare Prioritätensetzung unvermeidlich; die haushalterischen Vorgaben des Koalitionsvertrages sind einzuhalten (insb. Konsolidierungserfordernisse sowie Einsparvorgaben und Finanzierungsvorbehalt).

Finanzierung Verkehrsinfrastruktur

Die Koalition hat mit dem Beschluss zum "Sondervermögen Infrastruktur" den Weg für umfangreiche Investitionen in unsere Verkehrsinfrastruktur geebnet.

Mit dem Haushaltsentwurf 2026 ist noch nicht ausreichend sichergestellt, dass alle bereits baureifen Straßenneubauprojekte

auch umgesetzt werden können. Wir werden das parlamentarische Verfahren nutzen, um hier Anpassungen vorzunehmen. Wir sind uns in

der Koalition einig – alles, was bei Straße und Schiene baureif ist und in den nächsten Jahren baureif wird, muss auch finanziert werden können.

Genau das werden wir in den Haushaltsberatungen in den kommenden Wochen sicherstellen. Wir befinden uns bereits mit Hochdruck in Verhandlungen, damit fertig geplante Projekte auch realisiert werden.

Link der Woche

Am Mittwoch gab es einen spektakulärer KI-Auftritt im Kanzleramt: Der Staatsminister für Kultur und Medien **Wolfram Weimer** stellte den "Weimatar" vor – den ersten Avatar eines Regierungsmitglieds in Deutschland. Mit ihm setzt die Bundesregierung ein Zeichen, dass Künstliche Intelligenz nicht nur reguliert, sondern aktiv gestaltet werden muss. Hier der Auftritt: KLICK

Videos der Woche

2. Haushaltswoche – das bedeutet auch: zum 2. Mal zwei Reden von mir. Die Reaktionen vieler Zuschauer waren positiv. Zu Recht? Entscheiden Sie selbst



AA BMZ

Zitat der Woche

«Nur in einer auf Wachstum ausgerichteten Volkswirtschaft werden die Mittel gewonnen, die wir brauchen, um Infrastruktur zu finanzieren, Solidarität zu üben und soziale Sicherheit auf Dauer zu gewährleisten.»

(Bundeskanzler **Friedrich Merz** beschreibt am Mittwoch in der Generaldebatte eine Selbstverständlichkeit, die dennoch im linken Parteienspektrum seit Jahrzehnten ignoriert wird.)

Die ganze Rede hier: KLICK

Bilder der Woche

Regelmäßig und gerne ist die Max-Eydt-Realschule aus Backnang zu Gast in Berlin – und genauso regelmäßig und gerne diskutiere ich mit den Schülerinnen und Schülern.



Vielen Dank für die engagierte Diskussion – und das um 19:00 Uhr abends!



Wir reden oft von unseren Unternehmen und vom Mittelstand – und das die Politik hier dringend entlasten muss. Das stimmt.

Doch gute Politik für unsere Arbeitnehmer ist genauso wichtig – daher gehöre ich innerhalb der Fraktion der <u>Arbeitnehmergruppe</u> an.

Am Mittwochabend empfing uns der Kanzleramtsminister **Thorsten Frei** im Bundeskanzleramt; es wurde eine muntere Diskussion!